

Die Satzung „Wahl- und Urabstimmungsordnung der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg“ wurde mit Ausnahme von § 38 „In-Kraft-Treten“ gemäß § 65 b Abs. 6 S. 3 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) in der Fassung vom 1. April 2014 (GBl. S. 99) am 14.05.2014 durch das Rektorat genehmigt. Abweichend von der in § 38 der Satzung enthaltenen Regelung tritt diese gemäß § 3 der „Satzung über Öffentliche Bekanntmachungen“ vom 16.01.2005 (Amtliche Bekanntmachungen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Jhg. 36 Nr. 4 vom 08.02.2005) am Tag nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau in Kraft.

Wahl- und Urabstimmungsordnung der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Aufgrund von § 65a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 2 Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz vom 10. Juli 2012 (GBl. S. 457), sowie der §§ 4 Abs. 6, 6 Abs. 4 und 10 Abs. 3 der Organisationssatzung der Studierendenschaft der Universität Freiburg (Satzung) vom 17. Mai 2013 (Amtliche Bekanntmachungen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Jhg. 44 Nr. 28 vom 17.05.2013) hat der Studierendenrat der Verfassten Studierendenschaft der Universität Freiburg (Studierendenrat) am 29.04.2014 die nachstehende Wahl- und Urabstimmungsordnung der Verfassten Studierendenschaft der Universität Freiburg beschlossen.

Das Rektorat der Universität Freiburg hat diese Wahlordnung am 14.05.2014 gemäß § 65b Abs. 6 Satz 3 des LHG genehmigt.

In dieser Ordnung wird grundsätzlich das Gendersternchen (*) verwendet. Dieses soll die Vielfalt der Ausprägungen besonders menschlicher Sexualität und Geschlechterrollen in all ihren Dimensionen versinnbildlichen und stellt eine deutliche Positionierung gegen die Reproduktion patriarchaler Strukturen vor allem über eine sprachliche Indifferenz im Zuge einer rhetorischen Modernisierung der Geschlechterverhältnisse dar.

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt I: Allgemeine Vorschriften	127
§ 1 Geltungsbereich	129
§ 2 Wahlberechtigung	129
§ 3 Abstimmungszeitraum	129
§ 4 Wahlorgane	129
§ 5 Bekanntmachung der Wahl	130
§ 6 Fristen und Termine	130
Abschnitt II: Wähler*innenverzeichnis	131
§ 7 Wähler*innenverzeichnis	131
§ 8 Auslegung des Wähler*innenverzeichnis	131
§ 9 Änderung der Wähler*innenverzeichnisse	132
Abschnitt III: Wahlvorschläge	132
§ 10 Wahlvorschläge, Fristen und Verfahren	132
§ 11 Form und Inhalt der Wahlvorschläge	133
§ 12 Beschlussfassung über die Wahlvorschläge	134
§ 13 Bekanntmachung der Wahlvorschläge	134
Abschnitt IV: Durchführung der Wahl	136
§ 14 Wahl der Fachbereichsvertretungen	136
§ 15 Außergewöhnliche Abwahl der Fachbereichsvertretung	136
§ 16 Wahl der Initiativen	136
§ 17 Urabstimmung	137
§ 18 Wahlräume	137
§ 19 Stimmzettel	137
§ 20 Briefwahl	138
§ 21 Ausübung des Wahlrechts	138
§ 22 Stimmabgabe im Wahlraum	138
§ 23 Stimmabgabe durch Briefwahl	139
§ 24 Schluss der Abstimmung	139
Abschnitt V: Auszählung und Bekanntgabe	139
§ 25 Öffentlichkeit	140
§ 26 Zeitpunkt der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse	140
§ 27 Ermittlung der Zahl der Wähler*innen und Sammlung von Stimmzetteln	140
§ 28 Ungültige Stimmzettel	140
§ 29 Ungültige Stimmen	140
	127

§ 30	Auszählung	141
§ 31	Niederschrift über Abstimmung und Auszählung	141
§ 32	Zusammenführung und Prüfung der Ergebnisse; Feststellung des amtlichen Endergebnisses	141
§ 33	Niederschrift über die Wahl	142
§ 34	Bekanntmachung des Wahlergebnisses; Annahme der Wahl	142
Abschnitt VI: Nach der Wahl		142
§ 35	Aufbewahrung der Wahlunterlagen	142
§ 36	Amtszeit, Ausscheiden, Nachrücken, Nachwahl	142
§ 37	Anfechtung und Wiederholung der Wahl	143
Abschnitt VII: Schlussbestimmungen		143
§ 38	In-Kraft-Treten	143
§ 39	Weitere Bestimmungen	143

Abschnitt I: Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Wahl- und Urabstimmungsordnung gilt für die Wahlen der Fachbereichsvertreter*innen und Initiativen nach § 8 der Satzung, die gemeinsam den Studierendenrat bilden sowie für Urabstimmungen der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (Studierendenschaft) gemäß der allgemeinen Vorgaben Satzung.

§ 2 Wahlberechtigung

- (1) Aktiv und passiv wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Studierendenschaft nach § 65 Abs. 1 LHG (Studierende).
- (2) Jede*r Studierende ist nur in einem Fachbereich wahlberechtigt. Die Fachbereichszugehörigkeit ergibt sich aus dem Wähler*innenverzeichnis.

§ 3 Abstimmungszeitraum

- (1) Die Wahlen und Abstimmungen müssen während eines Semesters innerhalb der Vorlesungszeit stattfinden.
- (2) Der Zeitraum für die Wahlen oder Abstimmung beträgt zwischen einem und drei Tagen.
- (3) An jedem Abstimmungstag müssen die Wahllokale mindestens von 9:00 bis 18:00 Uhr durchgehend geöffnet sein.

§ 4 Wahlorgane

- (1) Wahlorgane sind
 1. die Wahl-, Satzungs- und Schlichtungskommission (WSSK),
 2. die dezentralen Wahlausschüsse und
 3. der Wahlprüfungsausschuss.

Wahlbewerber*innen sowie Vertreter*innen eines Wahlvorschlags und ihre Stellvertretungen können nicht Mitglieder dieser Organe sein.

- (2) Der AStA wählt die Mitglieder der dezentralen Wahlausschüsse sowie des Wahlprüfungsausschusses und die erforderlichen Wahlhelfer*innen aus dem Kreis der Studierenden. Er verpflichtet sie schriftlich auf die gewissenhafte und unparteiische Erledigung ihrer Aufgaben.
- (3) Der WSSK obliegt die Beschlussfassung über die eingereichten Wahlvorschläge sowie die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses. Sie führt die Gesamtaufsicht über die Wahlen. Sie sichert die organisatorische und technische Vorbereitung, die Durchführung und Nachbereitung der Wahlen (Wahlleitung).
- (4) In jedem Wahlraum leitet ein dezentraler Wahlausschuss die Abstimmung und ermittelt das Abstimmungsergebnis. Der dezentrale Wahlausschuss besteht aus einer*inem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzer*innen; ein Mitglied nimmt zugleich das Amt der*des stellvertretenden

Vorsitzenden, ein anderes Mitglied das Amt der*des Schriftführer*in wahr. Der dezentrale Wahlausschuss kann seine Aufgaben nur bei Anwesenheit von mindestens zwei Mitgliedern ausführen.

(5) Die WSSK kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben organisatorische Kompetenzen an eine vom Studierendenrat bestätigte Wahlkoordinationsperson abgeben. Diese unterstützt die WSSK in der organisatorischen Durchführung der Wahl und nimmt nach Bedarf an den Sitzungen der WSSK beratend teil.

§ 5 Bekanntmachung der Wahl

(1) Die WSSK hat spätestens am 42. Tag vor dem Wahltag die Wahl bekannt zu machen. Änderungen der Wahlräume sowie der Zuweisung der Wahlberechtigten zu diesen Räumen nach Abs. 4 Ziffer 2 können bis längstens eine Woche vor dem Wahltag erfolgen und sind bekannt zu machen.

(2) Die Frist des Abs. 1 beschränkt sich bei Urabstimmungen und außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf eine Bekanntmachung 14 Tage vor dem Wahltag.

(3) Die Bekanntmachung erfolgt durch Veröffentlichung auf den Webseiten der Studierendenschaft sowie durch Anschlag an geeigneten Orten.

(4) Die Bekanntmachung hat zu enthalten:

1. den Wahltag bzw. die Wahltage und den Abstimmungszeitraum,
2. die Lage der Wahlräume und die Zuweisung der Wahlberechtigten zu diesen Wahlräumen nach Fachbereichen,
3. die Zahl der zu wählenden Mitglieder und deren Amtszeit oder die Abstimmungsfrage,
4. die Wahlmodalitäten,
5. die Aufforderung, innerhalb der Frist Wahlvorschläge bei der WSSK einzureichen; dabei sind Hinweise auf Form und Inhalt der Wahlvorschläge zu geben,
6. den Hinweis, dass nur wählen kann, wer in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen ist,
7. den Hinweis, dass nur wählbar ist, wer in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen und nicht Mitglied eines Wahlorgans ist
8. den Hinweis, dass alle Wahlberechtigten nur in einem Fachbereich wählen können,
9. den Hinweis, dass durch persönliche Stimmabgabe im Wahlraum oder durch Briefwahl gewählt werden kann und dass nur mit amtlichen Stimmzetteln, im Falle der Briefwahl mit amtlichen Briefwahlunterlagen gewählt werden darf,
10. die Antrags- und Abgabefristen der Briefwahl,
11. den Hinweis, dass Wahlbewerber*innen, Vertreter*innen eines Wahlvorschlags und deren Stellvertreter*innen nicht Mitglieder eines Wahlorgans sein können.

§ 6 Fristen und Termine

(1) Auf die Berechnung der in dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung bestimmten Fristen finden die Vorschriften der §§ 186 bis 193 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass sich Fristen, deren letzter Tag auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen gesetzlichen Feiertag fallen, nicht verlängern.

(2) Soweit für die Stellung von Anträgen oder die Einreichung von Vorschlägen die Wahrung einer Frist vorgeschrieben ist, läuft die Frist, insofern nicht anders geregelt, nach Abs. 1 am letzten Tag um 14:00 Uhr ab. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

Abschnitt II: Wähler*innenverzeichnis

§ 7 Wähler*innenverzeichnis

(1) Das Wähler*innenverzeichnis ordnet die Studierenden jeweils einem Fachbereich zu. Studierende können nur einem Fachbereich zugeordnet werden, in dem sie immatrikuliert sind. Wird kein Fachbereichswechsel angezeigt, so sind die Studierenden dem Fachbereich ihres ersten Hauptfaches zugeordnet. Bei mehreren gleichberechtigten Hauptfächern wird die Person dem Hauptfach, welches in alphabetischer Reihenfolge zuerst genannt wird, zugeordnet.

(2) Jede*r Studierende kann per schriftlicher Mitteilung an die WSSK ihren oder seinen Fachbereich wechseln. Dieser Wechsel gilt nur für Wahlen, die mehr als 28 Tage nach der Erklärung des Fachbereichswechsel stattfinden und für die das Wähler*innenverzeichnis noch nicht vorläufig abgeschlossen ist.

(3) Das Wähler*innenverzeichnis wird von der WSSK in Zusammenarbeit mit der Universitätsverwaltung geführt.

(4) Das Wähler*innenverzeichnis muss Raum für folgende Angaben enthalten:

1. laufende Nummer,
2. Nachname,
3. Vorname,
4. Matrikelnummer,
5. die Fachbereichszugehörigkeit,
6. Vermerk über die Ausgabe von Briefwahlunterlagen,
7. Vermerk über Stimmabgabe, ggf. getrennt nach zu wählenden Gremien,
8. Bemerkungen.

§ 8 Auslegung des Wähler*innenverzeichnis

(1) Das Wähler*innenverzeichnis ist spätestens am 35. Tag vor dem Wahltag für mindestens fünf Werktage während der Öffnungszeit des Sekretariats der Studierendenschaft den Mitgliedern zur Einsichtnahme zugänglich zu machen. Das Recht zur Einsichtnahme beschränkt sich auf die Angaben zur eigenen Person.

(2) Die Frist des Abs. 1 beschränkt sich bei Urabstimmungen und außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf eine Auslegung für drei Arbeitstage, spätestens am zehnten Tag vor der Wahl.

(3) Die Auslegung ist bekannt zu machen; es gilt die Form des § 5 Abs. 3 dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung. Die Bekanntmachung muss folgende Angaben beinhalten:

1. Ort, Dauer und Zeit der Auslegung der Wähler*innenverzeichnisse,
2. die Angabe, bis zu welchem Zeitpunkt und bei welcher Stelle Berichtigungen, Änderungen oder Ergänzungen beantragt werden können,
3. der Hinweis, dass nach Ablauf der Auslegungsfrist ein Antrag auf Berichtigung oder Ergänzung der Wähler*innenverzeichnisse nicht mehr zulässig ist,
4. der Hinweis, dass nur wählen darf, wer im Wähler*innenverzeichnis eingetragen ist.

(4) Der Tag und die Art der Bekanntmachung sowie Ort, Beginn und Ende der Auslegung sind am Schluss der Wähler*innenverzeichnisse von der WSSK zu beurkunden.

(5) Bei der gleichzeitigen Durchführung mehrerer Wahlen kann ein einheitliches Wähler*innenverzeichnis aufgestellt werden, aus dem jedoch hervorgehen muss, wer für die jeweilige Wahl wahlberechtigt ist. Insbesondere die Zugehörigkeit zum jeweiligen Fachbereich muss festgelegt werden.

(6) Das Wähler*innenverzeichnis ist vor der Auslegung vorläufig abzuschließen und von der WSSK unter Angabe des Datums als richtig und vollständig zu beurkunden.

§ 9 Änderung der Wähler*innenverzeichnisse

(1) Die Wähler*innenverzeichnisse können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist berichtigt oder ergänzt werden.

(2) Jedes Mitglied der Studierendenschaft kann, wenn es ein Wähler*innenverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, dessen Berichtigung oder Ergänzung während der Dauer der Auslegung beantragen. Es hat die erforderlichen Beweise beizubringen, sofern die behaupteten Tatsachen nicht offenkundig sind. Der Antrag ist schriftlich zu stellen. Über den Berichtigungsantrag entscheidet die WSSK. Die Entscheidung muss bei der Ausübung des passiven Wahlrechts vor Abgabefrist der Wahlvorschläge nach § 10 Abs. 1, bei der Ausübung des aktiven Wahlrechtes vor Schluss des Wähler*innenverzeichnisses ergehen. Sie ist der*dem* Antragsteller*in und anderen Betroffenen schriftlich mitzuteilen.

(3) Nach Ablauf der Auslegungsfrist bis zum endgültigen Abschluss des Wähler*innenverzeichnisses können Eintragungen und Streichungen nur im Vollzug von Entscheidungen im Berichtigungsverfahren vorgenommen werden.

(4) Das Wähler*innenverzeichnis kann bis zum Tag vor dem ersten Wahltag von der WSSK berichtigt und ergänzt werden, wenn es offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen enthält. Danach ist es endgültig abgeschlossen.

(5) Alle ab dem Beginn der Einsichtsfrist vorgenommenen Veränderungen sind in der Spalte "Bemerkungen" zu erläutern und mit Datum und Unterschrift zu beurkunden.

Abschnitt III: Wahlvorschläge

§ 10 Wahlvorschläge, Fristen und Verfahren

(1) Die Wahlvorschläge sind bei der WSSK spätestens 28 Tage vor der Wahl einzureichen. Die WSSK setzt einen Zeitpunkt für die frühestmögliche Einreichung fest. Die Frist aus Satz 1 beschränkt sich bei außerordentlichen Abwahlen auf zehn Tage vor der Wahl.

(2) Auf dem Wahlvorschlag vermerkt die WSSK Datum und Uhrzeit des Eingangs. Sie prüft unverzüglich, ob der eingegangene Wahlvorschlag den Erfordernissen dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung entspricht, teilt etwaige Mängel der*dem Vertreter*in des Wahlvorschlags mit und fordert sie*ihn auf, behebbare Mängel zu beseitigen. Mängel können spätestens bis zur Beschlussfassung über die Wahlvorschläge behoben werden. Die WSSK notiert alle Hinweise auf Mängel an die Listen.

(3) Die Zurücknahme von Wahlvorschlägen, von Unterschriften unter einem Wahlvorschlag oder von Zustimmungserklärungen von Bewerber*innen ist nur bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für die Wahlvorschläge zulässig.

§ 11 Form und Inhalt der Wahlvorschläge

(1) Die Vorschläge für die Fachbereichsvertretung dürfen maximal elf Personen enthalten. Sie müssen mindestens fünf Unterstützer*innen nachweisen.

(2) Die Vorschläge für die Initiativen dürfen maximal 15 Personen enthalten. Sie müssen mindestens 20 Unterstützer*innen nachweisen.

(3) Die Wahlvorschläge führen einen Namen und eine Abkürzung. Die Abkürzung darf nicht länger als 15 Zeichen sein. Die Abkürzung und der Name dürfen identisch sein.

(4) Die Wahlvorschläge sollen immer abwechselnd weibliche* und männliche* Kandidat*innen enthalten. Wird hiervon abgewichen, so ist dies gegenüber der WSSK schriftlich zu begründen. Die Begründung wird von der WSSK veröffentlicht.

(5) Unterzeichner*innen eines Wahlvorschlags müssen für die betreffende Wahl und im entsprechenden Fachbereich wahlberechtigt sein; sie müssen folgende Angaben machen:

1. Vor- und Zuname,
2. Matrikelnummer,
3. die Fachbereichszugehörigkeit,
4. eigenhändige Unterschrift,
5. bei den ersten beiden Unterzeichner*innen:
 - a) Adresse,
 - b) Telefonnummer,
 - c) E-Mail-Adresse.

Die*der erste Unterzeichner*in ist zur Vertretung des Wahlvorschlags gegenüber der WSSK und dem Wahlausschuss berechtigt, die*der zweite Unterzeichner*in vertritt diese*n.

(6) Für jede Bewerbung ist anzugeben:

1. Listenplatznummer,
2. Vor- und Zuname,
3. Matrikelnummer,
4. die Fachbereichszugehörigkeit,
5. Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse,
6. Bestätigung der Aufnahme in den Wahlvorschlag durch eigenhändige Unterschrift.

(7) Vordrucke für Wahlvorschläge (inkl. Zustimmungserklärungen der Wahlbewerber*innen) sowie für die Unterstützer*innenunterschriften werden auf der Website zum Download und im Sekretariat des Studierendenhauses zur Mitnahme bereitgestellt.

(8) Ein*e Bewerber*in darf sich nicht in mehrere Wahlvorschläge für die Wahl desselben Gremiums aufnehmen lassen. Er*Sie kann auch nicht nach § 14 Abs. 3 Satz 2 auf einer weiteren Liste von Wähler*innen hinzugefügt werden. Stimmen, die in dieser Weise auf ein*e Bewerber*in entfallen sind, sind ungültig.

- (9) Bewerber*innen können gleichzeitig Unterzeichner*innen sein.

§ 12 Beschlussfassung über die Wahlvorschläge

(1) Die WSSK entscheidet spätestens am 21. Tag vor dem Wahltag über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Zurückzuweisen sind Wahlvorschläge, die

1. nicht rechtzeitig eingereicht worden sind,
2. eine Bedingung oder einen Vorbehalt enthalten oder sich nicht auf die verlangten Angaben beschränken,
3. nicht ordnungsgemäß, insbesondere nicht von der erforderlichen Zahl Wahlberechtigter, unterzeichnet sind,
4. Fachbereichsvertretungsvorschläge sind und nicht zweifelsfrei erkennen lassen, für welche Fachbereichsvertretung sie gelten sollen.

(2) Abkürzung oder Name eines Wahlvorschlags gelten als nicht ordnungsgemäß eingereicht, wenn

1. Abkürzung oder Name fehlen,
2. Abkürzung oder Name den Anschein erwecken, es handle sich um eine Liste einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung,
3. Abkürzung oder Name aus anderen Rechtsgründen unzulässig sind oder die beleidigend wirken.

Tritt einer der Fälle nach Satz 1 ein, erhält der Wahlvorschlag den Namen der*des ersten Bewerber*in.

(3) In den Wahlvorschlägen sind diejenigen Bewerber*innen zu streichen,

1. die so unvollständig bezeichnet sind, dass Zweifel über die Person bestehen können,
2. deren Zustimmungserklärung fehlt,
3. die ihre Zustimmungserklärung vor Ablauf der Einreichungsfrist zurückgezogen haben,
4. die in mehreren Wahlvorschlägen für die Wahl desselben Gremiums aufgeführt sind,
5. die nicht wählbar sind.

(4) Die von der WSSK gefassten Beschlüsse und ihre Begründungen sind in eine Niederschrift aufzunehmen. Sie ist von allen Mitgliedern der WSSK zu unterzeichnen. Die eingereichten Wahlvorschläge sind der Niederschrift beizufügen.

(5) Wird ein Wahlvorschlag zurückgewiesen, ein Kennwort geändert oder nach Abs. 2 vergeben oder ein*e Bewerber*in gestrichen, so sind diese Entscheidungen der*dem Vertreter*in des Wahlvorschlags sowie der*dem betroffenen Bewerber*in unverzüglich mitzuteilen.

§ 13 Bekanntmachung der Wahlvorschläge

(1) Spätestens am 14. Tag vor dem Wahltag gibt die WSSK die zugelassenen Wahlvorschläge bekannt.

(2) Die Bekanntmachung hat zu enthalten:

1. für jede Wahl und Wähler*innengruppe die zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge des Eingangs,
2. Wahlmodalitäten insoweit sie sich nach der Bekanntmachung der Wahl geändert haben,
3. Ort und Zeitpunkt der Auszählung und der Feststellung des Abstimmungsergebnisses.

Abschnitt IV: Durchführung der Wahl

§ 14 Wahl der Fachbereichsvertretungen

- (1) Die Wahl der Fachbereichsvertretung erfolgt in einer personalisierten Listenwahl.
- (2) Bei der Wahl wird eine Stimme direkt an eine Person auf einer Liste vergeben.
- (3) Die Listen der zur Wahl stehenden Personen sind abschließend. Stellt sich nur eine Liste zur Wahl, können abweichend von Satz 1 Personen zur Liste hinzugefügt werden, wenn diese weniger als drei Kandidat*innen enthält.
- (4) Tritt bei einer Wahl keine Liste an, so können alle für diese Wahl wahlberechtigten Personen gewählt werden. Es darf maximal eine Person handschriftlich auf den entsprechenden Wahlunterlagen eingetragen werden. Für die Auszählung gilt Abs. 5 sinngemäß.
- (5) Die Liste, auf die die meisten Stimmen entfallen, stellt die*den Fachbereichsvertreter*in. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen innerhalb dieser Liste erhält. Die Reihung der Stellvertreter*innen richtet sich nach der Stimmenreihung der auf die Personen fallenden Stimmen. Besteht Stimmgleichheit, so richtet sich die Reihenfolge nach der ursprünglichen Listenplatzierung. Bei gewählten ohne Liste entscheidet das Los. Kandidat*innen, die keine Stimme bekommen, können den Fachbereich nicht vertreten.
- (6) Es kann maximal zehn Stellvertreter*innen geben. Ihre Anzahl kann durch die Geschäftsordnung des Fachbereichs weiter begrenzt werden. Stehen mehr Kandidat*innen zur Wahl, so sind alle außer den elf mit den meisten Stimmen der erfolgreichen Liste nicht gewählt.

§ 15 Außergewöhnliche Abwahl der Fachbereichsvertretung

- (1) Die Abwahl von Fachbereichsvertreter*innen nach § 17 Abs. 5 Satzung findet durch geheime, gleiche und freie Abstimmung nach den Bestimmungen und Fristen dieser Ordnung statt.
- (2) Bei Abwahl der*des Fachbereichsvertreter*in übernimmt die*der erste Stellvertreter*in das Amt.
- (3) Zwischen Abwahantrag und Abwahl ruht das Mandat der Fachbereichsvertretung.

§ 16 Wahl der Initiativen

- (1) Die Initiativen werden in personalisierter Listenwahl gewählt. Die Mandate werden nach einem ganzzahligen Höchstzahlverfahren, bei welchem die Folge mit null beginnt, vergeben (Adams-Verfahren). Treten weniger Initiativen an, als es Mandate zu vergeben gibt, erhält jede Initiative, auf die mindestens eine Stimme entfallen ist, einen Sitz. Die verbleibenden Mandate werden wie nach dem D'Hondt-Verfahren vergeben. Treten mehr Initiativen an, als es Mandate gibt, werden die Mandate an die zehn Initiativen mit den meisten Stimmen vergeben.
- (2) Die den Initiativen zugesprochenen Mandate entfallen auf diejenigen Personen, die innerhalb der Liste die meisten Stimmen erhalten haben.
- (3) Jede*r Wahlberechtigte hat zehn Stimmen, die auf Personen aufgeteilt werden können. Dabei können Personen verschiedener Listen gewählt werden (panaschieren) und es dürfen bis zu drei Stimmen an eine Person vergeben werden (kumulieren).

- (4) Die Reihung der Stellvertreter*innen ergibt sich aus der Stimmenreihung der jeweiligen Liste. Besteht Stimmgleichheit, so richtet sich die Reihenfolge nach der ursprünglichen Listenplatzierung.
- (5) Alle Mitglieder der Liste sind vertretungsberechtigt. Kandidat*innen, die keine Stimme bekommen, sind nicht vertretungsberechtigt. Eine Nachwahl bei Ausscheiden der Liste findet nicht statt.

§ 17 Urabstimmung

- (1) Die Urabstimmung richtet sich nach den Vorschriften in § 4 der Satzung.
- (2) Ein Antrag auf Urabstimmung nach § 4 Abs. 3 Satzung von einem Prozent der Mitglieder der Studierendenschaft muss die Bestimmungen nach § 11 Abs. 5 erfüllen. Die Sammelfrist der Unterschriften beträgt maximal ein Jahr.
- (3) Die WSSK hat innerhalb von 14 Tagen über die Zulässigkeit der Urabstimmungsfrage zu entscheiden. Zur Vollversammlung zur Erörterung der Urabstimmungsfrage muss spätestens nach sieben Tagen nach Beschluss der WSSK über die Zulässigkeit der Urabstimmungsfrage eingeladen werden.
- (4) Ist die Frage zulässig und wurde sie auf einer Vollversammlung behandelt, so gibt die WSSK die Urabstimmungsfrage, den Termin und die Modalitäten bekannt. Die Bekanntmachung erfolgt nach § 5 Abs. 2 der Satzung. Die Bekanntmachung muss mindestens 14 Tage vor dem ersten Urabstimmungstag erfolgen.
- (5) Die Urabstimmung soll zeitgleich mit den allgemeinen Wahlen erfolgen. Sie muss spätestens 60 Tage nach Einreichen der Frage bei der WSSK durchgeführt werden. Dabei muss beachtet werden, dass die Urabstimmung sowie die Vollversammlung während der Vorlesungszeit stattfinden muss. Mit Zustimmung der*des Antragssteller*in kann die WSSK von dieser Frist abweichen.

§ 18 Wahlräume

- (1) Die WSSK stellt genügend Wahlräume zur Verfügung. Die Wahlräume sollen möglichst bei zeitgleicher Wahl der Universitätsgremien mit diesen übereinstimmen.
- (2) Die dezentralen Wahlausschüsse und die von ihnen dazu ermächtigten Personen sorgen für die Ordnung in den Wahlräumen.
- (3) Wahlwerbung insbesondere in Wort, Ton, Bild oder Schrift ist im Wahlraum nicht gestattet.

§ 19 Stimmzettel

- (1) Bei der Abstimmung dürfen nur amtliche Stimmzettel verwendet werden. Für die Herstellung der Stimmzettel sowie der für die Briefwahl erforderlichen Wahlumschläge und Wahlbriefumschläge sorgt die WSSK. Die Stimmzettel sind von der*dem Wähler*in so zu falten, dass für Dritte nicht erkennbar ist, wie sie*er gewählt hat.
- (2) Der Stimmzettel darf nur die für die Wahl notwendigen Informationen enthalten. Die zugelassenen Wahlvorschläge werden auf dem Stimmzettel in der Reihenfolge ihres Eingangs aufgeführt. Separat wird die Option „Enthaltung“ aufgeführt. Für jede Wahl und Abstimmung müssen gesonderte Stimmzettel von gleicher Größe und Farbe verwendet werden, die die

betreffende Wahl eindeutig bezeichnen. Für die einzelnen Wahlen und Abstimmungen können Stimmzettel verschiedener Farben und Größen verwendet werden.

§ 20 Briefwahl

- (1) Ein*e Wahlberechtigte*r, die*der zum Zeitpunkt der Wahl verhindert ist, die Abstimmung im Wahlraum vorzunehmen, erhält auf schriftlichen Antrag einen Briefwahlschein und die Briefwahlunterlagen (Stimmzettel, einem den Fachbereich zugeordneten Wahlumschlag und Wahlbriefumschlag). Der Briefwahlschein wird von der WSSK erteilt. Die Ausgabe von Briefwahlscheinen und die Aushändigung oder Übersendung der Briefwahlunterlagen ist im Wähler*innenverzeichnis zu vermerken.
- (2) Die Wahlumschläge müssen undurchsichtig, von gleicher Größe und Farbe und amtlich gekennzeichnet sein.
- (3) Der Wahlbriefumschlag muss den Vermerk „Briefwahl“ tragen und mit der Anschrift der WSSK versehen sein. Die*der Briefwähler*in ist darauf hinzuweisen, dass sie*er die Kosten der Übersendung zu tragen hat.
- (4) Briefwahlunterlagen können nur bis zum dritten Arbeitstag vor dem ersten Wahltag beantragt und ausgegeben werden. Das Risiko einer längeren Versanddauer trägt die*der Wähler*in.

§ 21 Ausübung des Wahlrechts

Die*der Wahlberechtigte kann ihr*sein Wahlrecht nur persönlich ausüben. Wahlberechtigte, die durch Behinderung oder chronische Krankheit gehindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

§ 22 Stimmabgabe im Wahlraum

- (1) Nach dem Betreten des Wahlraums zum Zwecke der Stimmabgabe erhält die*der Wahlberechtigte den/die Stimmzettel. Ohne den Wahlraum zu verlassen, begibt sie*er sich damit an den Tisch mit der Schutzvorrichtung, füllt den/die Stimmzettel aus und faltet ihn/sie einzeln so, dass die Stimmabgabe nicht erkennbar wird. Danach tritt sie*er an den Tisch des dezentralen Wahlausschusses, weist sich durch den Studierendenausweis aus und wirft den oder die gefalteten Stimmzettel sofort in die Wahlurne.
- (2) Die Stimmabgabe wird hinter dem Namen der*des Wahlberechtigten in der dafür vorgesehenen Spalte des Wähler*innenverzeichnisses vermerkt.
- (3) Der dezentrale Wahlausschuss hat eine*n Wähler*in zurückzuweisen, die*der
 1. nicht im Wähler*innenverzeichnis enthalten ist,
 2. deren*dessen Identität nicht eindeutig geklärt werden kann,
 3. bereits einen Stimmabgabevermerk im Wähler*innenverzeichnis hat, es sei denn, sie*er weist nach, dass sie*er noch nicht gewählt hat,
 4. ihren*seinen Stimmzettel außerhalb der Sichtschutzvorrichtung gekennzeichnet oder gefaltet hat,
 5. ihren*seinen Stimmzettel so gefaltet hat, dass ihre*seine Stimmabgabe erkennbar ist oder ihn mit einem äußerlich sichtbaren, das Wahlgeheimnis offensichtlich gefährdenden, Kennzeichen versehen hat, oder

6. für den dezentralen Wahlausschuss erkennbar mehrere oder einen nicht amtlich hergestellten Stimmzettel abgeben, den Stimmzettel in einem Wahlumschlag oder mit dem Stimmzettel einen weiteren Gegenstand in die Wahlurne werfen will.
7. die*der laut Wähler*innenverzeichnis Briefwahlunterlagen erhalten hat.

§ 23 Stimmabgabe durch Briefwahl

- (1) Bei der Briefwahl füllt die*der Wahlberechtigte den/die Stimmzettel aus, steckt diese/n in den amtlichen Wahlumschlag und verschließt diesen. Sie*er bestätigt auf dem Briefwahlschein durch Unterschrift, dass sie*er den/die beigefügten Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat und legt den Briefwahlschein mit dem Wahlumschlag in den amtlichen Wahlbrief ein.
- (2) Der Wahlbrief ist an die vorgedruckte Anschrift der WSSK freigemacht zu übersenden oder im Sekretariat der Studierendenschaft abzugeben. Die WSSK oder ein*e von ihr mit der Ausgabe der Briefwahlunterlagen beauftragte*r Bemächtigte*r kann der*dem Wahlberechtigten die Möglichkeit geben, bei persönlicher Abholung der Briefwahlunterlagen die Briefwahl an Ort und Stelle unter Wahrung des Wahlheimnisses auszuüben. Die WSSK oder die*der Bemächtigte nimmt sodann den Wahlbrief entgegen.
- (3) Die Stimmabgabe gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief bis zum Schluss der Abstimmung im Sekretariat eingeht. Auf dem Wahlbrief ist der Tag des Eingangs vermerken. Sind eingehende Wahlbriefe unverschlossen, so ist dies auf diesen Wahlbriefen zu vermerken.
- (4) Die eingegangenen Wahlbriefe sind nach Weisung der WSSK unter Verschluss ungeöffnet aufzubewahren. Die WSSK öffnet die Wahlbriefe und streicht die Personen.
- (5) Ein Wahlbrief ist zurückzuweisen, wenn
 1. er nicht bis zum Ende der Frist aus Abs. 3 eingegangen ist,
 2. er unverschlossen eingegangen ist,
 3. dem Wahlbrief kein oder kein mit der vorgeschriebenen Versicherung versehener Briefwahlschein beigefügt ist,
 4. dem Wahlbrief kein Wahlumschlag beigefügt ist.

In den Fällen des Satzes 1 liegt eine Stimmabgabe nicht vor.

- (6) Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind einschließlich ihres Inhalts auszusondern und im Falle des Abs. 6 Ziffer 1 ungeöffnet, im übrigen ohne Öffnung des Wahlumschlags verpackt als Anlage der Niederschrift beizufügen; sie sind nach der Wahlprüfung zu vernichten.
- (7) Die dezentralen Wahlausschüsse öffnen die Wahlumschlag und werfen die Stimmzettel in die jeweiligen Urnen.

§ 24 Schluss der Abstimmung

Die*der Vorsitzende des dezentralen Wahlausschusses stellt das Ende der Abstimmungszeit fest. Danach dürfen nur noch die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum anwesenden Wahlberechtigten zur Abstimmung zugelassen werden. Haben sie abgestimmt und sind die den dezentralen Wahlausschüssen betreffenden Wahlbriefe nach § 23 Abs. 5 behandelt, erklärt die*der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen.

Abschnitt V: Auszählung und Bekanntgabe

§ 25 Öffentlichkeit

Die Ermittlung und Feststellung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse erfolgen universitätsöffentlich in vorher dazu bestimmten und bekannt gemachten Räumen.

§ 26 Zeitpunkt der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse

Die vorläufigen Abstimmungsergebnisse werden von den dezentralen Wahlausschüssen in der Regel unmittelbar nach Schluss der Abstimmung ermittelt; die Auszählung beginnt erst, wenn die Wahlumschläge aus der Briefwahl in die Urnen eingeworfen wurden.

§ 27 Ermittlung der Zahl der Wähler*innen und Sammlung von Stimmzetteln

Vor dem Öffnen der Wahlurne werden alle nicht benutzten Stimmzettel vom Abstimmungstisch entfernt. Die*der Vorsitzende des dezentralen Wahlausschusses öffnet die Wahlurne. Anschließend werden die Stimmzettel entnommen und, getrennt nach den einzelnen Fachbereichswahlen und der Initiativenwahl, gezählt. Ihre Zahl muss mit der Summe der Zahl der Abstimmungsvermerke im Wähler*innenverzeichnis übereinstimmen. Ergibt sich auch nach wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, ist dies in der Niederschrift anzugeben und, soweit möglich, zu erläutern.

§ 28 Ungültige Stimmzettel

(1) Ungültig und bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses durch den Wahlausschuss nicht anzurechnen sind Stimmzettel,

1. bei denen es sich nicht um amtliche Stimmzettel handelt,
2. die ganz durchgerissen oder ganz durchgestrichen sind,
3. die mit beleidigenden Bemerkungen versehen sind oder ein auf die Person der*des Wähler*in hinweisendes Merkmal enthalten,
4. aus denen sich der Wille der*des Wähler*in nicht zweifelsfrei ergibt,
5. in denen die zulässige Gesamtstimmenzahl überschritten ist,
6. die keine Stimmabgabe enthalten.

(2) Bei Briefwahl gilt neben Abs. 1 ein Wahlumschlag, der für die Wahl eines Gremiums keinen Stimmzettel enthält, als ein ungültiger Stimmzettel.

(3) Ein beim betreffenden dezentralen Wahlausschuss in die falsche Urne geworfener Stimmzettel bleibt gültig. Der dezentrale Wahlausschuss sortiert ihn nach.

§ 29 Ungültige Stimmen

(1) Ungültige Stimmen sind bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses durch den Wahlausschuss nicht anzurechnen.

(2) Ungültig sind Stimmen,

1. bei denen nicht erkennbar ist, für welche*n Bewerber*in diese abgegeben wurden,
2. die für Personen abgegeben sind, die offensichtlich nicht wählbar sind.

§ 30 Auszählung

- (1) Die dezentralen Wahlausschüsse ermitteln für jede Wahl und jeden Fachbereich in ihrem Bereich die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel und der gültigen Stimmen.
- (2) Bei der Wahl der Fachbereichsvertreter*innen sowie der Initiativen werden folgende Zahlen ermittelt:
1. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 2. die Zahl der Enthaltungen,
 3. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,
 4. die auf alle Bewerber*innen eines jeden Wahlvorschlags entfallenen gültigen Stimmen,
 5. die auf die einzelnen Bewerber*innen entfallenen gültigen Stimmen.

§ 31 Niederschrift über Abstimmung und Auszählung

- (1) Über den gesamten Verlauf der Abstimmung hat der dezentrale Wahlausschuss eine Niederschrift anzufertigen, aus der alle für die Abstimmung und für die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wesentlichen Umstände hervorgehen müssen.
- (2) Die Niederschrift hat in jedem Fall zu enthalten
1. die Bezeichnung des Ausschusses,
 2. die Namen und Funktionen seiner Mitglieder sowie die Namen der Wahlhelfer*innen,
 3. den Wahltag, den Beginn und das Ende der Abstimmung,
 4. die Zahl, getrennt für jede Wahl,
 - a) der Stimmabgabevermerke im Wähler*innenverzeichnis,
 - b) der Enthaltungen, der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 - c) der gültigen Stimmen,
 5. die Unterschriften aller Mitglieder des Wahlausschuss.
- (3) Der dezentrale Wahlausschuss übergibt unverzüglich nach der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses der WSSK
1. die Niederschrift,
 2. die Zähllisten, die bei der Stimmenauszählung angefallen sind,
 3. die Stimmzettel, Wahlumschläge und Wahlbriefumschläge,
 4. die Wähler*innenverzeichnisse,
 5. alle sonst entstandenen Urkunden und Schriftstücke.

§ 32 Zusammenführung und Prüfung der Ergebnisse; Feststellung des amtlichen Endergebnisses

- (1) Die WSSK hat die von den dezentralen Wahlausschüssen nach § 31 getroffenen Entscheidungen nachzuprüfen, gegebenenfalls das Ergebnis der Zählung zu berichtigen, die Entscheidungen in der Wahl-niederschrift zu vermerken und die Ergebnisse zusammenzustellen.
- (2) Die WSSK überprüft, ob die Vorschriften dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung eingehalten wurden.

(3) Nimmt ein dezentraler Wahlausschuss seine Aufgaben nicht ordnungsgemäß wahr, so kann die WSSK nach einmaliger Aufforderung die Regelungen dieser Satzung einzuhalten, an seine Stelle treten.

(4) Die WSSK stellt ein amtliches Endergebnis fest.

§ 33 Niederschrift über die Wahl

(1) Die WSSK fertigt eine Wahlniederschrift an. Diese hat insbesondere zu enthalten:

1. Vermerke über gefasste Beschlüsse,
2. die Gesamtzahl, getrennt für jede Wahl
 - a) der in die Wähler*innenverzeichnisse eingetragenen Wahlberechtigten,
 - b) der Abstimmenden,
 - c) der Enthaltungen, der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 - d) der gültigen Stimmen,
 - e) die auf alle Bewerber*innen eines jeden Wahlvorschlags entfallenen gültigen Stimmen,
 - f) die auf die einzelnen Bewerber*innen entfallenen gültigen Stimmen.
3. das Ergebnis der Nachprüfung von Entscheidungen über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen,
4. die Unterschriften aller Mitglieder der WSSK.

(2) Mit der Unterzeichnung der Wahlniederschrift ist das Wahlergebnis festgestellt.

§ 34 Bekanntmachung des Wahlergebnisses; Annahme der Wahl

(1) Die WSSK gibt die Namen der Gewählten sowie der Stellvertreter*innen bekannt. Die Bekanntmachung des Wahlergebnisses hat alle Angaben des § 33 Abs. 1 Ziffer 2 zu enthalten. Ferner sollen Prozentsätze angegeben werden.

(2) Die WSSK hat die Gewählten und Stellvertreter*innen unverzüglich von ihrer Wahl schriftlich oder per E-Mail zu benachrichtigen. Geht von Gewählten innerhalb von zehn Tagen nach Zugang der Benachrichtigung keine schriftliche Ablehnung der Wahl ein, so gilt die Wahl als angenommen. Die Ablehnung kann gegenüber der WSSK per E-Mail erklärt werden.

(3) Wird die Wahl von einer gewählten Person rechtswirksam nicht angenommen, rückt der*die gemäß § 33 Abs. 2 nächstfolgende Stellvertreter*in nach. Abs. 2 gilt entsprechend.

Abschnitt VI: Nach der Wahl

§ 35 Aufbewahrung der Wahlunterlagen

Die gesamten Wahlunterlagen sind bis zum Ablauf der Amtszeit der Gewählten von der WSSK aufzubewahren.

§ 36 Amtszeit, Ausscheiden, Nachrücken, Nachwahl

(1) Die Amtszeit der gewählten Mitglieder der Gremien beginnt in der Regel jeweils am 1. Oktober und endet am 30. September des Folgejahres. Findet die Wahl erst zu einem späteren

Zeitpunkt statt, so führen die bisherigen Mitglieder die Geschäfte bis zur Wahl der neuen Mitglieder kommissarisch weiter; ihre Amtszeit verkürzt sich entsprechend.

(2) Wenn ein gewähltes Mitglied eines Gremiums die Wählbarkeit verliert, sein Amt niederlegt oder aus einem sonstigen Grund ausscheidet, tritt an seine Stelle für den Rest der Amtszeit die*der nächstfolgende Stellvertreter*in. Ist die Liste erschöpft, so bleibt der betreffende Sitz unbesetzt.

(3) Alle Angehörigen eines Gremiums können aus wichtigen Gründen nach § 9 Abs. 2 LHG zurücktreten. Gewählte, die auf keinem Wahlvorschlag kandidiert haben, können abweichend vom Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg und § 34 Abs. 2 dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung in den ersten 60 Tagen nach Feststellung des Wahlergebnisses auch ohne einen solchen Grund zurücktreten.

§ 37 Anfechtung und Wiederholung der Wahl

(1) Es gelten §§ 31 bis 33 KomWG BaWü analog mit der Änderung, dass an Stelle der Rechtsaufsicht ein Wahlprüfungsausschuss tritt.

(2) Der Wahlprüfungsausschuss muss vor der Wahl gebildet werden.

(3) Die WSSK und alle anderen an der Durchführung der Wahl beteiligten müssen dem Wahlprüfungsausschuss alle notwendigen Informationen zur Verfügung stellen.

Abschnitt VII: Schlussbestimmungen

§ 38 In-Kraft-Treten¹

Diese Ordnung tritt mit Genehmigung durch das Rektorat der Universität Freiburg rückwirkend zum Zeitpunkt ihrer Bekanntmachung der Beschlussfassung des Studierendenrats durch sein Präsidium in Kraft.

§ 39 Weitere Bestimmungen

In unregelmäßigen Fällen gelten die Regelungen der Satzung, des LHG und der Wahlordnung der Universität Freiburg entsprechend.

Freiburg, den 16.05.2014



Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Jochen Schiewer

Rektor

¹ § 38 wurde nicht genehmigt. Abweichend von der in § 38 enthaltenen Regelung tritt die Wahl- und Urabstimmungsordnung der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg gemäß § 3 der „Satzung über Öffentliche Bekanntmachungen“ vom 16.01.2005 (Amtliche Bekanntmachungen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Jhg. 36 Nr. 4 vom 08.02.2005) am Tag nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau in Kraft.